

Opa war kein Nazi

Fortsetzung von:

✧ AKTIVITÄT – Opa war kein Nazi. SEITE 185.

C.2
Thema:
Antisemitismus

Wie sich heute Menschen an den Nationalsozialismus erinnern

Ergebnisse einer Studie von
Harald Welzer, Sabine Moller
und Karoline Tschuggnall

Die Essener WissenschaftlerInnen Harald Welzer, Sabine Moller und Karoline Tschuggnall haben Daten des Meinungsforschungsinstituts Emnid ausgewertet, das von 1997 bis 2000 in 142 Einzelinterviews und 40 Familieninterviews mit jeweils drei Generationen Menschen daraufhin befragt hatte, was sie über die Einstellungen und Handlungsweisen ihrer Angehörigen im Nationalsozialismus wissen. Was erinnern normale Deutsche aus der NS-Vergangenheit, wie sprechen sie darüber und was wird Kindern und Enkeln weitergegeben?

So schätzt die Kinder- und Enkelgeneration ihre Angehörigen, die im Nationalsozialismus gelebt haben ein:

- 26 Prozent der Angehörigen haben Verfolgten geholfen;
- 13 Prozent waren der Angehörigen im Widerstand aktiv;
- 17 Prozent der Angehörigen haben immer den Mund aufgemacht, wenn es darum ging, Unrecht beim Namen zu nennen;
- Außerdem war lediglich 1 Prozent der Angehörigen an Verbrechen beteiligt;
- Antijüdisch eingestellt sind ganze 3 Prozent gewesen.

Überträgt man diese Ergebnisse aus dem Familien auf die Gesellschaft ergibt sich folgendes Bild:

- 26 Prozent der damals Erwachsenen haben Verfolgten geholfen;
- 13 Prozent waren im Widerstand aktiv;
- 17 Prozent haben immer den Mund aufgemacht, wenn es darum ging, Unrecht beim Namen zu nennen;
- Außerdem war lediglich 1 Prozent an Verbrechen beteiligt;
- Antijüdisch eingestellt sind ganze 3 Prozent gewesen.



Denkt daran, dass sich die Erinnerung von Tätern, Zuschauern und Opfern unterscheidet:

Nur wenige Kinder und Enkel von Menschen, die im nationalsozialistischen Deutschland verfolgt oder ermordet wurden, leben in Deutschland. Die Untersuchung spiegelt deshalb vor allem die Sichtweise der Kinder und Enkel der Täter und Zuschauer.

Nichts gewusst?

Eine Gegenrede

Die meisten Deutschen wussten im „Dritten Reich“ nichts von dem Ausmaß der Judenverfolgung und vor allem nicht von deren Ermordung und dem Vernichtungskrieg den die Wehrmacht und die SS führten. Mit dem politischen System waren sie nicht wirklich einverstanden, aber anpassen mussten sie sich, sonst wäre es ihnen selbst an den Kragen gegangen. Das meinen viele.

Tatsächlich waren viele Menschen begeistert, als Adolf Hitler am 31. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde.

Obwohl viele GewerkschafterInnen gleich nach der Machtübernahme verfolgt wurden, forderte der Bundesvorstand des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) seine Mitglieder am 15. April 1933 dazu auf, sich „in die Gemeinschaft des Volkes“ einzuordnen. Am 19. April 1933 folgte die Aufforderung an die Arbeiterschaft sich „in vollem Bewusstsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat allerorts an den von der Regierung veranlassten Feiern [zum 1. Mai] festlich zu beteiligen.“ Allein in Berlin marschierten 1,5 Millionen Menschen zur zentralen Kundgebung auf das Tempelhofer Feld. Der geringste Teil derjenigen, die an den staatlich organisierten 1. Mai-Feiern teilnahm, war behördlich dazu verpflichtet worden. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften verboten. Die Bereitschaft, Mitglied in der kurz darauf gegründeten DAF (Deutsche Arbeitsfront) zu werden, war groß. In der DAF, einem regimetreuen Gewerkschaftserersatz ohne jegliches Mitspracherecht in Tariffragen, waren Arbeitgeber (im NS-Jargon Betriebsführer) und Arbeitnehmer (Gefolgschaft) zusammen als sogenannte Betriebsgemeinschaft vertreten.

Nicht nur Nazianhänger nahmen gern die neuen Jobs und ungeahnten Karrieremöglichkeiten, die sich ihnen mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom April 1933 boten. Das Gesetz führte zur Entfernung von SozialdemokratInnen und KommunistInnen sowie Jüdinnen und Juden aus öffentlichen Ämtern. Proteste gegen dieses Vorgehen gab es keine, auch nicht als im September 1935 die „Nürnberger Rassegesetze“ erlassen wurden und Juden Stück für Stück entrechtet und aus dem öffentlichen Leben verdrängt wurden.

Beginnend mit dem so genannten Aprilboykott 1933 begann in allen Wirtschaftsbereichen der „Run“ auf das Eigentum und die Geschäfte der jüdischen Nachbarn. Unterschiedliche Naziorganisationen, beispielsweise der „Kampfbund des deutschen Mittelstands“, organisierten mit Hilfe von Boykottlisten und Zeitungsanzeigen ökonomischen Druck auf jüdische GeschäftsinhaberInnen. Die meisten jüdischen Geschäfte mussten schon vor der offiziellen „Entju-

dung“ nach der Reichspogromnacht schließen oder ihre Liegenschaften zu unterhalb des Marktwerts liegenden Preisen an nichtjüdische Deutsche verkaufen.

Viele Gemeinderäte beschlossen 1935 ihre Gemeinden „judenrein“ zu machen. 1938 wurde ein Berufsverbot für jüdische Ärzte und Rechtsanwälte erlassen. All das geschah vor den Augen der Öffentlichkeit.

Am 9. November 1938 wurden nicht nur Synagogen zerstört, sondern das Pogrom diente in vielen Städten der Zerstörung der verbliebenen jüdischen Geschäfte auch mit dem Zweck die jüdische Konkurrenz endgültig „auszuschalten“. Am Pogrom beteiligten sich nicht nur die SA, sondern auch unorganisierte BürgerInnen.

Ab 1941 mussten Juden in Deutschland den so genannten Judenstern tragen. Nachdem sie solchermassen gekennzeichnet waren, nahmen die spontanen öffentlichen Gewalttaten weiter zu. In den Massenmedien wurde antisemitische Propaganda verbreitet.

Auch die Ermordung von als „lebensunwert“ stigmatisierten Menschen, die sogenannte Euthanasie war, wie Forschungen von Ernst Klee zeigen, ein offenes Geheimnis. Mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, verabschiedet am 14. Juli 1933, begann eine Politik, die in der Sterilisierung und Ermordung von Menschen, die als schädlich für den „Volkskörper“ galten, mündete. Das waren neben Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen auch Menschen, die als „asozial“ galten, beispielsweise Alkoholiker und so genannte Hilfsschüler. Vom Wissen über die „Euthanasie“ zeugen unter anderem der im Juli 1940 einsetzende Protest oder auch die überlieferte Anfrage eines Vaters an die Klinik in Eglfing-Haar, wo sein Kind untergebracht war, ob es „nicht vielleicht am besten wäre, ein solches Kind aus dem Volkskörper auszuschneiden, da das – glaube ich – auch im Sinn des Staates liegt.“ (zitiert nach Klee 1999, S. 308) Schreiben dieser Art gab es öfter. Auch nach einem offiziellen Beenden des Tötungsprogramms, ging das Töten in den Kliniken weiter.

Täglich zogen während des Krieges in vielen Städten ausgemergelte ZwangsarbeiterInnen auf dem Weg zur Arbeit durch die Stadt. In vielen kleinen und großen Betrieben mussten sie arbeiten. Überall in der Stadt und auf dem Land waren sie für alle zu sehen. Allein in Berlin gab es etwa 1 000 Lager, in denen ZwangsarbeiterInnen leben mussten. In Berlin flüchteten viele ZwangsarbeiterInnen, die nicht wie die einheimische Bevölkerung in Bunkern vor Bomben Schutz suchen durften, bei Angriffen in den U-Bahnhof Friedrichstraße. Jeder konnte sie sehen.

Lange bevor sie von den öffentlichen Schulen verbannt wurden, erfuhren jüdische Kinder dass sie Schüler zweiter Klasse waren. In der Schule mussten sie Aufsätze über Nazithemen schreiben, bekamen schlechte Noten, durften nicht im selben Schlafsaal wie die „arischen“ Kinder schlafen. Sie wurden von LehrerInnen und MitschülerInnen systematisch terrorisiert. Jüdische Kinder mussten sich von ihren LehrerInnen in der Schule anhören, es gebe körperliche Zeichen für die Minderwertigkeit von Juden. Sie mussten „rassebiologische“ Messungen zu Demonstrationszwecken im Unterricht an sich und ihren MitschülerInnen erdulden. Obwohl nur 10 % der jüdischen SchülerInnen von den Gesetzen von April 1933 betroffen waren, die sie vom Schulbesuch ausschlossen, verliessen 58 % der SchülerInnen kurz darauf die Schulen.

Die Konzentrationslager auf dem Reichsgebiet waren keine geheimen Orte. Alle wussten, dass es sie gab. Neben der Tatsache, dass besonders anfänglich offen über sie berichtet wurde, zeugen auch zeitgenössische Sprüche wie „Lieber Gott mach mich stumm, dass ich nicht nach Dachau kumm“ davon. Himmler sagte 1937 in einer öffentlichen Rede über die Lagerinsassen: „Es gibt keine lebendigere Demonstration für die Erb- und Rassegesetze als so ein Konzentrationslager. Da sind Leute mit Wasserköpfen, Schielende, Verwachsene, Halbjuden, eine Unmenge rassistisch minderwertiges Zeug.“ Da die Nationalsozialisten bei ihrer Propaganda darauf achteten im Konsens mit der Mehrheit zu bleiben, muß davon ausgegangen werden, dass der Großteil solche Reden guthieß.

Als ab 1941 Juden aus dem Deutschen Reich unter den Augen der Öffentlichkeit deportiert und in die Vernichtungslager im Osten gebracht wurden, löste das keinen Protest aus, im Gegenteil, es war die Stunde der „Schnäppchenjäger“, die das zurückgelassene Hab und Gut der jüdischen Nachbarn günstig ersteigern konnte. Der Erlös kam der deutschen Finanzkasse zugute.

Ein Beispiel für die offen betriebene Versteigerung jüdischen Eigentum: 1942/43 wurden allein aus Holland 45 Schiffsladungen mit über 27 000 Tonnen „Judengut“ aus dem Besitz der ermordeten europäischen Juden entladen. Bei regelmäßigen Auktionen ersteigerten sich mehr als 100 HamburgerInnen einzelne Stücke aus dem Geraubten. „Die einfachen Hausfrauen (...) trugen plötzlich Pelzmäntel, handelten mit Kaffee und Schmuck, hatten alte Möbel und Teppiche aus dem Hafen, aus Holland aus Frankreich (...) Gedacht als unbürokratische Aufmunterung für die von Bombenangriffen extrem schwer getroffene Stadt.“ (Götz Aly: „Enteignung“ in *Die Zeit*, 14. November 2002)

Soldaten berichteten im Heimaturlaub von dem was sie in Polen oder Russland gesehen hatten, viele fotografierten Demütigungen von Juden, Exekutionen, Massengräber und Deportationen. Zahlreiche Zivilisten (Verwaltungsbeamte, Polizisten, Eisenbahner etc.) waren an den Deportationen beteiligt. Sie konnten ahnen, dass es sich bei den Transporten der Menschen nicht um die behaupteten Umsiedlungen handelte.

Ein weiterer Beleg der großen Zustimmung der reichsdeutschen Bevölkerung zum Nationalsozialismus ist die enorm hohe Anzahl von Denunziationen. Auf der juristischen Grundlage des „Heimtückegesetzes“, erlassen im Dezember 1934, war es möglich, für regimfeindliche Äußerungen selbst im privaten Rahmen mit Gefängnisstrafe belegt zu werden. Der Eifer den die Bevölkerung beim Denunzieren an den Tag legte, drückte sich in einer Flut von Anzeigen aus, die die Ermittlungsarbeiten so stark behinderten, dass der berühmte Präsident des Volkgerichtshofs Roland Freisler 1941 die Bevölkerung aufforderte, sich von den „Niederungen des Lebens, insbesondere vom Denunziantentum böser und missgünstiger Nachbarn“ zu lösen. Schon im Mai 1933 hatte Hitler über die Flut von Denunziationen geklagt. Der Gestapoforscher Robert Gellately weist nach, dass etwa die Hälfte aller Gestapoermittlungen gegen Juden und polnische ZwangsarbeiterInnen auf Denunziationen zurückgehen.

Das schnelle und überwiegend reibungslose Sich-Einfügen in die „Volksgemeinschaft“ war ein Indiz dafür, dass die meisten Menschen die völkische „Herrenmensch-Ideologie“ der Nazis teilten.

Geschichte und Geschichtenerzählen

Wie die Welzer-Forschungsgruppe ihre Ergebnisse erklärt

Nach den Umfrageergebnissen müsste die Geschichte des Nationalsozialismus neu geschrieben werden, so Welzer, Moller und Tschuuggnall: Fast keiner hat das Regime aktiv gestützt, fast niemand war Antisemit. Je höher der Bildungsstand der Befragten, desto mehr Widerständler gibt es in den Familien. Je mehr man über die Geschichte der nationalsozialistischen Verbrechen weiß, desto bedeutsamer sind Familiengeschichten, in denen den eigenen Großeltern die Rolle der guten Deutschen zukommt.

Die WissenschaftlerInnen sehen einen Unterschied zwischen dem *Geschichtswissen*, das in Schule, Universität und Massenmedien vermittelt wird, und dem *emotionalen Geschichtsbewußtsein*, das aus den Berichten der Eltern und Großeltern gespeist wird. Offensichtlich entscheiden Menschen aufgrund ihres emotionalen Wissens darüber, wie sie das gelernte Geschichtswissen deuten und nutzen. Dabei sind die Schlussfolgerungen die Kinder und Enkel aus dem Gehörten ziehen wichtiger, als die tatsächlichen Erlebnisse und Verhaltensweisen ihrer Großeltern im Nationalsozialismus.

Die Forschergruppe geht davon aus, dass Zuhörer beim Zuhören aktiv an der Herstellung der Geschichte beteiligt sind. Sie füllen vorhandene Leerstellen und vereindeutigen unklare Erzählungen aus eigener Motivation. Die Zeitzeugen bedienen sich oft des „leeren Sprechens“, das größtmöglichen Raum für die Sinnggebung durch die Zuhörer liefert, da Täter und Taten völlig konturlos bleiben. Die Erinnerungen der Zeitzeugen verändern sich im familiären Gespräch, sie unterliegen einer steten Neuschreibung durch die Kinder, Enkel und Zeitgenossen.

Insgesamt zwei Drittel der aufgezeichneten Gespräche in den Familien bestehen aus Opfer- oder Heldenerzählungen. Die Großelterngeneration berichtet vor allem von Leiden, Mut und Schlauheit. Kritische Rückblicke sind selten. Diese Bilder passen zu den Wünschen der ZuhörerInnen nach moralisch korrekten Geschichten, weil sie ihren Eltern/Großeltern verbunden sind. Im Extremfall sind es sogar die Zuhörer, die Geschichten von Kriegsverbrechen und Mord in Opfer-Geschichten oder Berichte über widerständiges Verhalten umschreiben. Die AutorInnen prägen für diese Verweigerungs- und Umschreibungsprozesse den Begriff der schrittweise gesteigerten Heldengeschichte („kumulativen Heroisierung“). Mit jeder Generation erhält Opa einen Freibrief oder einen Heldenorden mehr.

Zuhörer sehen ihre Großeltern, die in der Regel Täter- und ZuschauerInnen waren, als Opfer der Systemzwänge, der Nachkriegsgeschichte, des Führers. Es entsteht eine „Wech-

selrahmung“: Die eigene Geschichte wird mit Bildern aus Filmen erzählt. Die Bombardierung von Rostock wird heute mit dem Wortschatz der Krematorien deutscher Vernichtungslager beschrieben. Erfahrungen von Leid, Hunger, Flucht und Vertreibung werden in den Bildern des Holocausts erzählt: Damit verblasst die Rolle als aktiv Entscheidende und Handelnde.

Man kann über den Nationalsozialismus informiert sein und zugleich den Anteil der eigenen Angehörigen daran verdrängen. Wissen und Verdrängen vor dem Hintergrund familiärer Loyalitätsbindungen funktionieren parallel. Es lassen jedoch nur vier der insgesamt 44 befragten Enkelinnen und Enkel Bewunderung für „die Nazis“ erkennen. Das kann aber auch so interpretiert werden, dass heute die meisten den Nationalsozialismus ablehnen und Widerstand positiv bewerten.

Wenig verwunderlich ist, dass die Erinnerung an den Holocaust im familiären Gedächtnis kaum verankert ist. Denn generationenübergreifend wird in zwei Personengruppen: die „Deutschen“ und die „Juden“ differenziert. Das Stereotyp vom „reichen Juden“ teilen Eltern und Enkel. Wieso sollte man die Erinnerung an die jüdischen Nachbarn wach halten, deren Verschwinden einem gleichgültig war, wenn man nicht sogar selbst dazu beigetragen hatte oder wenigstens davon profitierte? Und welche Erinnerungen an jüdische Deutsche sollen die Enkel zu diesen Gesprächen beitragen? Deren Abwesenheit im Familiengedächtnis illustriert in aller Deutlichkeit die mörderische Effizienz der NS-Vernichtungspolitik.

Die Forschergruppe glaubt, mit geschichtlicher Aufklärung sei die oft absichtsvoll vollzogene Fehlinterpretation von Familiengeschichte nicht zu beeinflussen. Es müsse viel stärker die Auseinandersetzung im engen eigenen Umfeld rund um Fragen wie Verantwortung und Erinnerung geführt werden.